

V0536/25

Vergabe von Planungsleistungen beim Stadttheater: Ausschöpfung des rechtlichen Spielraums jenseits der HOAI
-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und FW vom 23.07.2025-

Antrag:

Die CSU- und FW-Stadtratsfraktionen stellen folgenden **Gemeinschaftsantrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Vergabe der Planungsleistungen für die Sanierung des Stadttheaters Ingolstadt, insbesondere für die Leistungsphasen 3 und 4, nicht automatisch an die HOAI-Honorartafeln zu binden, sondern den nach aktueller Rechtslage bestehenden Gestaltungsspielraum voll auszuschöpfen. Insbesondere soll geprüft und angewandt werden:

1. die **Durchführung eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb** gemäß § 14 Abs. 3 VgV,
2. die Verwendung einer **funktionalen Leistungsbeschreibung** gemäß § 31 VgV,
3. die **freie Honorarvereinbarung** unter Berücksichtigung von § 7 HOAI 2021 und des EuGH-Urteils C-377/17

Zusätzlich bitten wir die Verwaltung um schriftliche **Beantwortung folgender Fragen**, um finanzielle und förderrechtliche Risiken frühzeitig einzuschätzen:

- **Wie lange sind die erarbeiteten Ergebnisse/Planungen mittelfristig nutzbar** oder müssen diese bei Verzögerungen komplett oder teilweise neu erstellt werden?
- **Welche Förderzusagen liegen aktuell vor, und wie reagieren Fördermittelgeber**, wenn die Finanzierung im Haushalt nicht rechtzeitig gesichert werden kann?
- **Wie lange gelten zugesagte Förderungen verbindlich**, und enthalten sie eine automatische Anpassung bei **künftiger Kostensteigerung** durch Baupreis- oder entwicklung?

Zins

Stadtrat	29.07.2025	Bekanntgabe
----------	------------	-------------

Stadtrat vom 29.07.2025

Der Antrag der Verwaltung V0479/25, der Antrag der Verwaltung V0439/25, der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und FW V0536/25 sowie der Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion V0540/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Wöhrl teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion den einzelnen Antragsziffern der vorliegenden Beschlussvorlage grundsätzlich zustimmen könne. Zum einen sehe man die Notwendigkeit der Sanierung des Hämer-Baus deutlich gegeben. Zum anderen wisse man auch den Wert des Stadttheaters und des FestsaaIs für die Kultur und Gesellschaft in der Stadt Ingolstadt. Über diese zwei Punkte sollte sich der Stadtrat nach der Ansicht von Stadtrat Wöhrl auch einig sein. Allerdings gebe es beim Thema der Sanierung des Hämer-Baus auch eine Realität. Stadtrat Wöhrl schildert, dass der Stadtrat gemeinsam mit der Stadtverwaltung in den letzten Monaten Konsolidierungsmaßnahmen unternommen habe.

Von daher gebe es in der Stadt Ingolstadt entsprechende Einschnitte, die man bereits in der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung spüren könne. Da man bei der Haushaltskonsolidierung noch kein Ende sehen könne, werde es noch weitere Einschnitte geben, die der Stadtrat erst jetzt beschließen werde. Stadtrat Wöhrl erläutert, dass man sich derzeit aufgrund der aktuellen Haushaltslage in einem Spannungsfeld befinde. Er sei der SPD-Stadtratsfraktion dankbar, dass sie zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus (V0439/25) einen Ergänzungsantrag gestellt habe, in dem die prioritäre und gegebenenfalls baulich getrennte Sanierung des Festsaals gefordert werde. Die CSU-Stadtratsfraktion habe sich über die vergangenen Monate bisher vergeblich darum bemüht, den Ablauf der Sanierung des Hämer-Baus hin zu einer abschnittswisen Sanierung zu verändern. In diesem Zusammenhang weist Stadtrat Wöhrl darauf hin, dass man mit dem Holztheater am Glacis eine Interimslösung für das Stadttheater gefunden habe. Für den Festsaal fehle jedoch hingegen eine solche Übergangslösung. Stadtrat Wöhrl erwähnt, dass der Stadtrat mit den aktuellen Finanzen die alltäglichen Aufgaben der Stadt zu bewältigen habe. Bei diesen Aufgaben handle es sich unter anderem um den ÖPNV, den Sport oder um ganz normale Kulturveranstaltungen. Aber auch mit der Stadtverwaltung an sich beschäftige sich der Stadtrat. Dabei werde man die Verwaltung mit der aktuell laufenden Aufgabenkritik in naher Zukunft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringen. Zudem würden in der Stadt Ingolstadt auch noch Investitionen in die Schulen, die Feuerwehr und in die Gesundheit anstehen. Aufgrund dieser vielen verschiedenen Themen müsse die Stadt Ingolstadt wahrscheinlich auch die Steuern und Einnahmen erhöhen, erklärt Stadtrat Wöhrl. Innerhalb dieses Spannungsfeldes müsse man dann noch das Thema Sanierung des Hämer-Baus angehen. Der CSU-Stadtratsfraktion sei es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Sanierung des Stadttheaters und des Festsaals mitgenommen werden. Wenn man dies nicht mache, würde dies zu Kontroversen innerhalb der Bevölkerung führen. In diesem Zusammenhang verweist Stadtrat Wöhrl auf die Bürgerentscheide zu den Kammerspielen und zu der Schule am Au Graben. Bei beiden dieser Bürgerentscheide habe die Bevölkerung mehrheitlich gegen die Umsetzung der geplanten Projekte gestimmt. Insofern müssen die Mitglieder des Stadtrates darauf achten, dass man die Bürgerinnen und Bürger bei der Ingolstädter Demokratie, die vom Stadtrat entschieden und getragen werde, mitnehme. So gebe man der Bevölkerung die Möglichkeit, die Beschlüsse des Stadtrates besser nachvollziehen zu können. Dies würde bei solchen Entscheidungen wie bei der Sanierung des Hämer-Baus allerdings nicht ganz einfach werden, merkt Stadtrat Wöhrl an. Jedoch sollte man den Weg zur Entscheidung über die Sanierung des Stadttheaters und des Festsaals sinnvoll nutzen, um eventuell gar keinen Bürgerentscheid zu diesem Thema zu benötigen. Dabei müsse man der Bürgerschaft erklären, dass die Stadt Ingolstadt den Hämer-Bau benötige und man das Gebäude nicht herunterkommen lassen könne. Gleichwohl werden die Bürgerinnen und Bürger dem Stadtrat mitteilen, wie sie zu dieser Thematik stehen würden. Eine solche transparente Teilhabe der Bevölkerung müsse dem Stadtrat vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage und dem Ausgleich zwischen den städtischen Aufgaben sowie der notwendigen Sanierung des Hämer-Baus gelingen. Angesichts dessen sei es bei der Sanierung des Stadttheaters und des Festsaals vielleicht sehr wichtig, dass man keine Standardsanierung anvisiere, sondern in den Leistungsphasen 3 und 4 über finanzierbare alternative Sanierungsmöglichkeiten nachdenke. Stadtrat Wöhrl betont, dass man nicht blind in die Sanierung des Hämer-Baus gehen dürfe. Stattdessen müsse man darauf achten, wie die Sanierung am besten möglich wäre. Aus diesem Grund benötige man nun für die konkrete Datenerhebung auch die Leistungsphasen 3 und 4. Mit diesen konkreten Zahlen ließen sich auch Förderungszusagen sowohl für eine Gesamtsanierung als auch für eine abschnittswise Sanierung einholen. Stadtrat Wöhrl entgegnet, dass eine Gesamtsanierung im Vergleich zu einer abschnittswisen Sanierung natürlich billiger und schneller sei. Allerdings müsse man die Sanierung des Hämer-Baus als Stadt Ingolstadt auch finanziell stemmen können. Hierzu gebe es innerhalb der CSU-Stadtratsfraktion allerdings noch ein paar Bedenken.

Stadtrat Stachel weist darauf hin, dass man in der heutigen Stadtratssitzung mit dem Grundsatzbeschluss und der Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus zwei Beschlüsse zu fassen habe, die sehr eng zusammenhängen. Die FW-Stadtratsfraktion habe gemeinsam mit den Mitgliedern der Freien Wähler Ingolstadt in denen vergangenen Wochen immer wieder über die Sanierung des Hämer-Baus gesprochen. Dabei sei man zu dem Entschluss gekommen, dass es zwingend notwendig sei, beim Grundsatzbeschluss Sanierung des Hämer-Baus ein paar Formulierungen nachzuschärfen und über die jeweiligen Antragsziffern einzeln abzustimmen. Stadtrat Stachel führt aus, dass nach der bestehenden Formulierung des zweiten Satzes der Antragsziffer 1 der Beschlussvorlage V0479/25 mit einem positiven Beschluss in der heutigen Stadtratssitzung, der Betrieb des Festsaaals zum Ende Juli 2027 eingestellt werden solle. Zum aktuellen Zeitpunkt würde man allerdings noch nicht wissen, ob die Stadt Ingolstadt überhaupt eine Sanierung des Hämer-Baus durchführen könne, da dies maßgeblich von den Ergebnissen der Leistungsphase 3 und 4 sowie von den möglichen Förderzusagen abhängt. Da die FW-Stadtratsfraktion diesem Punkt so nicht zustimmen könne, sollte der zweite Satz der Antragsziffer 1 deshalb entweder aus der Beschlussfassung herausgestrichen oder zumindest separat abgestimmt werden. Beim ersten sowie dritten Satz der Antragsziffer 1 der Beschlussvorlage V0479/25 sei keine Änderung notwendig. Zur Antragsziffer 3 der Beschlussvorlage V0479/25 führt Stadtrat Stachel aus, dass es bei diesem Antragspunkt einer klaren Präzisierung des Begriffs der finanziellen Darstellbarkeit bedürfe. Für die FW-Stadtratsfraktion reiche es an dieser Stelle nicht aus, dass die Sanierung des Hämer-Baus lediglich finanziell darstellbar sein solle. Vielmehr lege man den Wert auch drauf, dass bei der finanziellen Leistungsfähigkeit klar zu priorisieren sei. Insofern müssten zuerst für die Gesundheitsversorgung und dann für die notwendigen Kindertageseinrichtungen sowie Schulen in Ingolstadt die entsprechend notwendigen Finanzmittel im ausreichenden Maße sichergestellt sein. Diese beiden Bereiche dürfen durch die Sanierung des Hämer-Baus nicht unter finanziellen Druck geraten, betont Stadtrat Stachel. Deshalb sollte die Antragsziffer 3 der Beschlussvorlage V0479/25 wie folgt geändert werden: „Der Stadtrat stellt fest, dass eine zügige Sanierung aus baulichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen die präferierte Vorgehensweise ist. Unter der Beachtung der finanziellen Priorisierung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie der finanziellen Darstellbarkeit im Gesamthaushalt der Stadt Ingolstadt ist das weitere Vorgehen zu entscheiden. Entsprechend erfolgt mittels gesonderten Beschlusses die Beauftragung der HOAI-Leistungsphasen 3 und 4, um den Kosten- und Förderrahmen zu konkretisieren. Nach deren Fertigstellung ist eine finale Beschlussfassung über die Sanierung des Hämer-Baus voraussichtlich Mitte 2026 vorgesehen.“. Zur Antragsziffer 5 der Beschlussvorlage V0479/25 merkt Stadtrat Stachel an, dass das zu erarbeitende Umzugs- und Interimskonzept dem Stadtrat zeitgleich mit den Ergebnissen aus der Leistungsphase 3 und 4 vorgelegt werden sollte. Erst nach Abschluss dieser beiden Leistungsphasen würde es Sinn machen, über den Aus- und Umzug der verbleibenden Büros, Werkstätten und Bühnen nachzudenken. Denn wenn die Stadt Ingolstadt die Sanierung des Hämer-Baus nicht durchführen könnte, müsste man diese Thematik anders denken. Den Antragsziffern 3 und 4 der Beschlussvorlage V0479/25 könne die FW-Stadtratsfraktion ohne Änderungen zustimmen, teilt Stadtrat Stachel mit. Zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus führt er aus, dass die Leistungsphase 3 und 4 für die FW-Stadtratsfraktion einen zwingenden Bestandteil für die Entscheidung über die Sanierung darstelle. Nur wenn man die konkreten Zahlen kenne und die richtigen Informationen erhalte, sei der Stadtrat in der Lage, über die Sanierung des Hämer-Baus zu entscheiden. Für die FW-Stadtratsfraktion sei es wichtig zu betonen, dass ihre heutige Zustimmung zur Vorprojektgenehmigung nicht automatisch mit einer Zustimmung zur Durchführung der Sanierung des Hämer-Baus gleichzusetzen sei. Die heutige Zustimmung zur Vorprojektgenehmigung diene lediglich dazu, bei diesem Thema mehr Klarheit und Fakten zu erhalten. Insofern könne man erst nachdem die Ergebnisse der Leistungsphase 3 und 4 vorliegen unter der Berücksichtigung der aktuellen Finanzlage der Stadt Ingolstadt über die Sanierung des Hämer-Baus entscheiden. Darüber hinaus sei der FW-Stadtratsfraktion gemeinsam mit den Mitgliedern der Freien Wähler Ingolstadt aufgefallen, dass man bei der Sanierung des Hämer-Baus den Informationsweg deutlich intensiver als bisher gehen müsse. Stadtrat Stachel merkt hierbei

an, dass Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger zu spät kommen würden, wenn die Diskussion in der Bürgerschaft bereits hochkoche. Von daher sollte man solche Veranstaltungsformate frühzeitig anbieten, damit man die Diskussion noch möglichst emotionslos einfangen könne. Deshalb sei es der FW-Stadtratsfraktion auch wichtig, dass die gestreuten Informationen zur Sanierung des Hämer-Baus belastbar seien und in mehreren Sprachen der Ingolstädter Bevölkerung zur Verfügung stehen. Des Weiteren möchte Stadtrat Stachel auf den Gemeinschaftsantrag der CSU-Stadtratsfraktion und der FW-Stadtratsfraktion zum Thema Vergabe von Planungsleistungen beim Stadttheater: Ausschöpfung des rechtlichen Spielraums jenseits der HOAI hinweisen. Laut der Beschlussvorlage zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus (V0439/25) sei für den Abschluss der Entwurfs- und Genehmigungsplanung ein Gesamtbudget von rund 11 Millionen Euro vorgesehen. Stadtrat Stachel betont, dass man die Höhe dieses Gesamtbudgets reduzieren müsse. Deshalb bittet er die INKoBau GmbH & Co. KG darum, die Umsetzung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung so durchzuführen, dass es zu gewissen Einsparungen komme. Darüber hinaus sei im Antragstext der Beschlussvorlage zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus aufgeführt, welche Haushaltsstellen für die Finanzierung der Leistungsphase 3 und 4 belastet werden sollen. Hierbei sollte öffentlich erklärt werden, was es mit der Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen bei der Haushaltsstelle 331100.949100 (Theater, Hochbaumaßnahmen, Theatersanierung) durch die im Antragstext entsprechend aufgelisteten Haushaltsstellen auf sich habe. Angesichts dessen möchte Stadtrat Stachel vom Finanzreferenten auch eine Erklärung erhalten, dass durch die für die Sanierung des Hämer-Baus verwendeten Haushaltsmittel keine anderen Maßnahmen beziehungsweise Projekte der Stadt Ingolstadt automatisch beschränkt werden.

Herr Fleckinger teilt mit, dass im Antragstext der Beschlussvorlage zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus (V0439/25) im letzten Absatz der Antragsziffer 2 lit. a das Thema der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung genannt werde. Die durch die INKoBau GmbH & CO. KG im Rahmen der Entwurfs- und Genehmigungsplanung vorzunehmende Auftragsvergabe beziehungsweise Honorarvereinbarung werde unter anderem durch diese außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung gespeist. Die Finanzmittel, die zum Haushalt 2026 für das Jahr 2026 neu angemeldet werden, können dabei nur durch eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung gesetzt werden. Insofern müsse der Antrag für die Verpflichtungsermächtigung nun erteilt werden. Diese zusätzlich benötigten Finanzmittel könne man deshalb zur Verfügung stellen, da beim Schulbauprojekt Mittelschule Nordost der Modulbau entfalle. Aufgrund dieser Einsparung bei der Mittelschule Nordost könne man die dadurch freigewordenen Finanzmittel im Bereich des Theaterbaus verwenden. Von daher werde aufgrund dieser zusätzlich benötigten Finanzmittel keine Reduzierung von anderweitigen Maßnahmen vorgenommen, betont Herr Fleckinger. Auf der Haushaltsstelle 331100.949100 (Theater, Hochbaumaßnahmen, Theatersanierung) seien für das Haushaltsjahr 2026 bereits Finanzmittel in Höhe von 2 Millionen Euro angemeldet worden. Der Fehlbetrag in Höhe von 3 Millionen Euro sei hingegen aktuell nicht in der Investitionsplanung enthalten, erklärt Herr Fleckinger.

Für die AfD-Stadtratsfraktion sei beim Tagesordnungspunkt 29 entscheidend, dass man die Leistungsphase 3 abwarten müsse, um eine detaillierte Kostenberechnung zu erhalten, führt Stadtrat Rehm aus. Derzeit würde für die Sanierung des Hämer-Baus zwar eine Kostenschätzung vorliegen, jedoch noch keine belastbare Kostenberechnung. Deshalb müsse die AfD-Stadtratsfraktion den vorliegenden Grundsatzbeschluss Sanierung des Hämer-Baus vorerst ablehnen. Stadtrat Rehm erwähnt, dass er sich bei der Sanierung des Hämer-Baus in gewissen Dingen auch an den Bau des Museums für Konkrete Kunst und Design (MKKD) erinnert fühle. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Stadt Augsburg ein ähnliches Problem mit ihrem Staatstheater habe. Dort haben sich die anfänglich berechneten Sanierungskosten in Höhe von 186 Millionen Euro auf nun 417 Millionen Euro erhöht.

Stadtrat Rehm möchte nicht, dass aus Ingolstadt in dieser Hinsicht ein zweites Augsburg werde.

Oberbürgermeister Dr. Kern möchte vom Baureferenten wissen, ob man sich vorliegend auf die Leistungsphase 3 beschränken könnte.

Herr Hoffmann teilt mit, dass man sich aus seiner Sicht momentan auf die Leistungsphase 3 beschränken könnte. Bei der Leistungsphase 4 handle es sich im Grunde nach um eine Überführung der Leistungsphase 3 in eine Genehmigungsplanung. Dies bedeute, dass hierbei die Ergebnisse aus der Leistungsphase 3 in entsprechende Pläne übertragen werden, die man dann dem Bauordnungsamt vorlegen könne. Nichtsdestotrotz könne der Fördergeber manchmal Informationen anfordern, die man erst in der Genehmigungsplanung ermittle. Hierbei handle es sich allerdings um Details, die man dann gegebenenfalls etwas vorziehen müsste. Herr Hoffmann betont, dass man für die Sanierung des Hämer-Baus demnächst auch dringend eine Fördermittelgeberkonferenz benötige. Die meisten Punkte ließen sich allerdings mit der fertigen Entwurfsplanung aus der Leistungsphase 3 abdecken, erläutert Herr Hoffmann.

Herr Fall, Geschäftsführer der INKoBau GmbH & Co. KG, erläutert, dass man im Rahmen des Fördermittelantrags die Genehmigungsfähigkeit des Bauwerks nachweisen müsse. Insofern müsse die Genehmigungsfähigkeit sichergestellt sein, da man ansonsten keinen vernünftigen Fördermittelantrag stellen könne. Herr Fall berichtet, dass es in Bayern auch Bezirksregierungen wie die Regierung von Schwaben gebe, die beim Fördermittelantrag in diesem Bereich eine komplett abgeschlossene Leistungsphase 4 verlangen. Deshalb müsse man die zu erfüllenden Vorgaben für einen Fördermittelantrag noch einmal abschließend abklären.

Da es sich seiner Ansicht nach beim Hämer-Bau um ein wichtiges Bauwerk handle, möchte Herr Hoffmann noch zwei Aspekte zu bedenken geben. Zum einen könne man sicherlich über die Regierung von Oberbayern noch einmal mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr in Kontakt treten und dort noch einmal Fachwissen abfragen. Zum anderen würde in der Baugenehmigungsphase nicht mehr so viel Neues abgefragt werden, erläutert Herr Hoffmann. Natürlich müsse zwar zum Beispiel das Brandschutzkonzept stehen und die Statik passen. Allerdings würde es dem Fördermittelgeber wahrscheinlich auch ausreichen, wenn man ihm mitteile, dass beispielsweise der Prüfstatiker seine Zustimmung zu den Plänen signalisiert habe. Zwar müsse man in der Entwurfsplanung zum Teil gewisse Honorarleistungen vergeben, um die Ergebnisse der Vorplanung konkretisiert und detailliert auszuarbeiten. Allerdings müssten vielleicht noch nicht alle Ergebnisse aus der Entwurfsplanung final in den Genehmigungsantrag einfließen, den man am Ende der Leistungsphase 4 erstelle. Sofern es die Entscheidung erleichtere, sollte man mit der Leistungsphase 3 und gegebenenfalls zwei bis drei zu beauftragenden Sonderleistungen zurechtkommen, erklärt Herr Hoffmann.

Man sei sich darüber einig, dass man bei der Sanierung des Hämer-Baus volle Kostentransparenz wahren müsse, betont Herr Grandmontagne. Zudem teilt er auch die Ansicht, dass man die Bürgerschaft bei dieser Thematik mitnehmen müsse. Darüber hinaus habe man im vorliegenden Grundsatzbeschluss nun zum ersten Mal sämtliche Dinge aufgelistet, die mit der Sanierung zusammenhängen. Für die Stadtverwaltung sei dabei besonders wichtig, dass man eine Entscheidung über die Schließdaten des Stadttheaters und des Festsaals herbeiführe. Hierzu erklärt Herr Grandmontagne, dass man den Betrieb des Festsaals bis Mitte 2027 weiterlaufen lassen müsse, da der Festsaalverwaltung bis zu diesem Zeitraum bereits Nutzungsanträge vorliegen würden. Des Weiteren würden die privaten Veranstalter in Bezug auf den Festsaal eine entsprechende Planungssicherheit benötigen. Insofern müsse man den regelmäßigen Mietern des Festsaals kommunizieren, bis wann sie sich dort noch einbuchen können und ab wann sie sich dann eine andere Veranstaltungsstätte suchen müssten. Von daher würde man sich Probleme einhandeln,

wenn man die Entscheidung über die Schließdaten des Stadttheaters und des FestsaaIs in diesem Jahr noch weiter hinausschieben würde. Herr Grandmontagne erläutert, dass man den Beschluss über die konkreten Schließdaten auch für die Auszugsplanungen aus dem Hämer-Bau benötige. Aufgrund der Größe des Hämer-Baus sei der Auszug des Stadttheaters und des FestsaaIs kein leichtes Unterfangen, da allein das Ausräumen des Gebäudes bereits ein halbes Jahr in Anspruch nehmen werde. Zudem müsse die INKoBau GmbH & Co. KG für die Kostenberechnung auch Bauproben aus dem Hämer-Bau entnehmen. Hierzu müsse das Gebäude allerdings ausgeräumt sein, da mit einer Schadstoffbelastung zu rechnen sei. Insofern müsse man zum jetzigen Zeitpunkt verbindlich zu den Schließdaten stehen, da man ansonsten nicht in die weitere Planung einsteigen könne. Deshalb bittet Herr Grandmontagne darum, das Thema Sanierung des Hämer-Baus nicht nur bautechnisch, sondern auch von der Nutzerseite aus zu sehen. Er appelliert an die Stadtratsmitglieder, in der heutigen Sitzung des Stadtrates eine Entscheidung zu treffen, da ansonsten auch der Zeitplan für die Sanierung des Hämer-Baus ins Wanken geraten könnte.

Stadträtin Leininger führt aus, dass man für die Sanierung des Hämer-Baus eine belastbare Kostenberechnung und Datenbasis benötige. Zudem müsse bei diesem Thema auch Klarheit über die Fördermittelsituation bestehen. Insofern sollte dem Stadtrat ein entsprechender Vorschlag vorgelegt werden, wie die Sanierung des Hämer-Baus konkret finanziert werden könne. Dabei sei auch wichtig, die Verteilung der Sanierungskosten auf die einzelnen Haushaltsjahre darzustellen. Darüber hinaus möchte Stadträtin Leininger wissen, wie die von Stadtrat Stachel vorgetragene Formulierungsänderung des Antragstextes bei der Beschlussvorlage V0479/25 zu verstehen seien. In diesem Zusammenhang möchte sie wissen, ob die FW-Stadtratsfraktion gegen den Grundsatzbeschluss stimmen würde, sofern der restliche Stadtrat bei der harten Priorisierung der Gesundheits- und Bildungseinrichtungen nicht mitgehen würde. Wenn man mit der Sanierung des Hämer-Baus so lange warten würde, bis das Klinikum Ingolstadt und die Kindertageseinrichtungen sowie Schulen der Stadt Ingolstadt saniert beziehungsweise gebaut worden seien, würde viel Zeit vergehen. So lange könne man allerdings die Sanierung des Stadttheaters und des FestsaaIs nicht mehr aufschieben. Des Weiteren müsse man selbstverständlich die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema mitnehmen. Jedoch habe der Stadtrat die Aufgabe, politisch festzustellen, ob man die Sanierung des Hämer-Baus oder eine Bauruine mitten in der Innenstadt haben möchte. Diese Dimension würde dem vorliegenden Grundsatzbeschluss auch durchaus zugrunde liegen. Insofern findet Stadträtin Leininger die Haltung der FW-Stadtratsfraktion zu diesem Grundsatzbeschluss hier im Stadtrat bemerkenswert. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße es hingegen außerordentlich, dass dieser Grundsatzbeschluss zur Sanierung des Hämer-Baus nun endlich anstehe und man nach einer positiven Beschlussfassung an diesem Projekt weiterarbeiten könne, betont Stadträtin Leininger.

Oberbürgermeister Dr. Kern führt zum mündlich gestellten Änderungsantrag der FW-Stadtratsfraktion aus, dass die vorgeschlagene Priorisierung der Gesundheits- und Bildungseinrichtungen nur schwierig zu beschließen sei. Einen solchen Beschluss könne der Stadtrat mit jedem anderen Beschluss auch wieder anders fassen. Zudem dürfe man auch nicht zu viele Dinge in einem Beschluss verbinden. Insofern sei es fraglich, ob der mündliche Änderungsantrag der FW-Stadtratsfraktion in dieser Form zulässig sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern erwähnt, dass durch die vorgetragene Formulierungsänderung im Grunde die Beweggründe der FW-Stadtratsfraktion zu ihrer Entscheidung über den vorliegenden Grundsatzbeschluss zur Sanierung des Hämer-Baus deutlich geworden seien. Hierbei seien die Prioritäten der FW-Stadtratsfraktion eindeutig dargestellt worden, die man möglicherweise so zu Protokoll nehmen könnte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass man bei der Sanierung des Hämer-Baus nun vor einer Grundsatzentscheidung stehe, die den Auftakt zu einem Mammutprojekt des Stadtrates gebe. Angesichts des mündlichen Änderungsantrags der FW-Stadtratsfraktion ist sie sich nicht sicher, ob es so zielführend sei, wenn man sich jetzt schon Vorschriften gebe,

die jeder kommende Stadtrat wieder abändern könnte. Natürlich wäre der nachfolgende Stadtrat schlecht darin beraten, wenn man zwar die Sanierung des Hämer-Baus durchführe, aber dafür dann das Klinikum Ingolstadt und die Schulen der Stadt Ingolstadt nicht sanieren beziehungsweise bauen könnte. Ein kommender Stadtrat würde ihrer Ansicht nach eine solche Situation auch nicht aufkommen lassen. Deshalb fragt sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, ob man diese Festlegung an dieser Stelle überhaupt benötige oder ob man damit nicht etwas vorwegnehme, das momentan auch noch gar nicht spruchreif sei. Denn die Sanierung des Hämer-Baus würde erst spruchreif werden, wenn man hierzu die entsprechenden Grundlagen erhalte. Anhand dieser Datenbasis und vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Ingolstadt könne der Stadtrat dann die nächsten Schritte erörtern, erläutert Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Der FW-Stadtratsfraktion gehe es im Wesentlichen darum, dass die aktuelle Aussage der finanziellen Darstellbarkeit der Sanierung des Hämer-Baus weitergedacht werde, betont Stadtrat Stachel. Hierbei möchte man nicht, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit in anderen Bereichen aufgrund der Sanierung des Hämer-Baus zu stark eingeschränkt werde. In diesem Fall würden das Klinikum Ingolstadt und die Kindertageseinrichtungen sowie Schulen der Stadt Ingolstadt beispielhaft für zwei wichtige Themenbereiche stehen, die unter der Sanierung des Hämer-Baus nicht leiden dürfen. Deshalb sei die vorliegende Formulierung des Antragstextes in diesem Punkt für die FW-Stadtratsfraktion nicht zwingend und der Tenor der finanziellen Darstellbarkeit nicht griffig genug. Für Stadtrat Stachel sei es wesentlich, dass die Beweggründe der FW-Stadtratsfraktion zu diesem Thema in der Niederschrift festgehalten werden. Des Weiteren möchte er auf die Behauptung eingehen, dass die Sanierung des Hämer-Baus durch die Priorisierung der Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zeitlich gesehen deutlich nach hinten verschoben werde. Hierbei habe allerdings niemand davon gesprochen, dass die Projekte abgeschlossen sein müssen, um mit der Sanierung des Hämer-Baus beginnen zu können, merkt Stadtrat Stachel an. Vielmehr gehe es hierbei um den Zeitpunkt der jeweiligen Entscheidung. Im Fall der Sanierung des Hämer-Baus stünde die Entscheidung über die nächsten Schritte im dritten Quartal 2026 an, sofern die Planungen hierzu wie vorgesehen weiterlaufen würden. Zu diesem Zeitpunkt könne man dann nicht in die Zukunft schielen, sondern könne nur das entscheiden, was tatsächlich auf dem Tisch liege. Zum Thema der geforderten Schließdaten führt Stadtrat Stachel aus, dass der für das Stadttheater vorgeschlagene Schließzeitpunkt feststehend und akzeptabel sei, da es für das Theater auch eine entsprechende Interimsspielstätte gebe. Da die Verantwortlichen des Stadttheaters wissen müssen, auf welchen Bühnen sie welches Theaterstück spielen können, sei es deshalb auch nachvollziehbar, dass sie hier eine gewisse Planungssicherheit benötigen. Beim Festsaal werde es einerseits sicherlich Veranstalter geben, die sich aufgrund der Unsicherheit über die verbleibende Verfügbarkeitsdauer des Saals nach einer anderen Veranstaltungsstätte umsehen werden. Auf der anderen Seite werde es mit Sicherheit allerdings auch Veranstalter geben, die trotz dieser fehlenden Planungssicherheit den Festsaal buchen möchten, da ihre Veranstaltung keinen langen Vorlauf benötige. Wenn nun allerdings der Stadtrat beschließe, dass der Festsaal zu einem bestimmten Zeitpunkt fest geschlossen werde, würde dieser Spielraum bei der Vermietung des Saals wegfallen. Deshalb ist Stadtrat Stachel der Meinung, dass man in der heutigen Sitzung des Stadtrates noch keine finale Entscheidung über den Schließzeitpunkt des Festsaals treffen sollte. Erst im kommenden Jahr könne der Stadtrat über das konkrete Schließdatum für den Festsaal entscheiden, wenn auch die Entscheidung über die Sanierung des Hämer-Baus und dessen Zeitplan anstehe. Herr Grandmontagen habe in seinen vorherigen Ausführungen erwähnt, dass der Hämer-Bau für die im Rahmen der Entwurfsplanungen notwendige Entnahme von Gebäudeproben geräumt sein müsse, schildert Stadtrat Stachel. Die Entnahme der Gebäudeproben müsse allerdings vor dem Jahr 2027 durchgeführt werden, damit der Stadtrat bereits im kommenden Jahr eine Entscheidung über die Sanierung des Hämer-Baus treffen könne. Von daher würde dieses Argument von Herrn Grandmontagne nicht mit der im vorliegenden Antragstext vorgeschlagenen Fortsetzung des Betriebs des Festsaals sowie der Gastronomie bis Ende Juli 2027 übereinstimmen.

Herr Grandmontagne weist darauf hin, dass es für die meisten Veranstalter nicht infrage komme, den Festsaal ohne eine Planungssicherheit zu buchen. Angesichts dessen müsse die Stadt Ingolstadt die konkreten Schließdaten für den Festsaal deutlich kommunizieren. Man könnte natürlich auch kommunizieren, dass der Festsaal ab dem vorgeschlagenen Zeitpunkt voraussichtlich geschlossen sei. Allerdings würde diese Vorgehensweise auf das gleiche Ergebnis herauslaufen, da aufgrund einer solchen unkonkreten Aussage dann trotzdem kein Veranstalter den Festsaal mehr buchen würde. Im Übrigen hat Herr Grandmontagne die INKoBau GmbH & Co. KG auch so verstanden, dass der in der vorliegenden Beschlussvorlage vorgeschlagene Schließzeitraum für den Festsaal bereits hinter einem aus bautechnischer Sicht vertretbaren Schließzeitpunkt liege. Zwar gebe es keine konkrete Betriebsgenehmigung für den Hämer-Bau, jedoch würde es gewisse bautechnische Punkte am Bauwerk geben, die einen Gebäudebetrieb über diesen Zeitpunkt hinaus nur unter massiver Investitionsleistung zulassen würden. Insofern habe er aus den Gesprächen mit der INKoBau GmbH & Co. KG immer mitgenommen, dass man auch aus baulicher Sicht nicht mehr viel an den konkreten Schließdaten für das Stadttheater und den Festsaal ändern könne. Darüber hinaus ist Herr Grandmontagne über das Misstrauen der FW-Stadtratsfraktion gegenüber der Stadtverwaltung erstaunt, dass man das Klinikum Ingolstadt und die Kindertageseinrichtungen sowie Schulen der Stadt Ingolstadt aufgrund der Sanierung des Hämer-Baus vernachlässigen würde. Bei den Schulen handle es sich um eine Pflichtaufgabe, die man auf Grundlage der Daten des Schulverwaltungsamtes und unter Berücksichtigung der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung festgelegten Grenzen weitervorantreiben werde. Hiervon laufe das Thema Sanierung des Hämer-Baus völlig unabhängig. Herr Grandmontagne betont diesen Aspekt noch einmal besonders, um damit diesem unterschweligen Misstrauen entgegenzuwirken. Zudem sichert er dem Stadtrat zu, dass die Stadtverwaltung bei der Sanierung des Hämer-Baus transparent arbeite. Gerade in Zeiten der aktuellen Haushaltslage sei diese Transparenz besonders wichtig, da man ansonsten zu keiner Entscheidung gelange, die man mittragen könne. Insofern arbeite die Stadtverwaltung bei der Thematik der Sanierung des Hämer-Baus nicht mit unlauteren Mitteln, betont Herr Grandmontagne.

Stadtrat De Lapuente weist darauf hin, dass man in der heutigen Stadtratssitzung bereits wichtige Projekte im Bildungsbereich auf den Weg gebracht habe. Hierbei sei man sich im Stadtrat seiner Ansicht nach darüber einig, dass man im Bereich der Schulen schnellstmöglich ins Handeln kommen müsse. Darüber hinaus bestehe beim Hämer-Bau die Parallele zum Bildungsbereich darin, dass bei beiden Bereichen die Gebäude heruntergewirtschaftet seien. Des Weiteren sei man sich aber auch darüber einig, dass die Diskussion über die Sanierung des Hämer-Baus schon länger geführt werde. Stadtrat De Lapuente merkt an, dass die FW-Stadtratsfraktion die Thematik so darstelle, als würde man seit 20 Jahren nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Sanierung des Hämer-Baus sprechen. Dabei ist er der Meinung, dass die Diskussion um die Sanierung des Stadttheaters und des Festsaals schon sehr weit sei. In der heutigen Stadtratssitzung habe man nun eine Beschlussvorlage vorliegen, die tiefer in die Sanierungsmaterie einsteige. Zudem sei nach der Ansicht von Stadtrat De Lapuente im Stadtrat auch unstrittig, dass man den Hämer-Bau nicht brach liegen lassen könne. Sofern man in dieser Angelegenheit nichts unternehmen würde, müsste man den Hämer-Bau zusperren. Allerdings würde der Hämer-Bau auch im geschlossenen Zustand trotzdem Millionenbeträge im Bauunterhalt verschlingen. Darüber hinaus bedauere es die SPD-Stadtratsfraktion nach wie vor, dass man für den Festsaal für die Dauer der Sanierung keine Interimslösung gefunden habe. Dieser Umstand sorge in diesem Bereich auch für einen gewissen Druck, da hochkarätige Veranstaltungen an Ingolstadt vorbeiziehen würden, wenn der Festsaal ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung stehe. Deshalb sei es wichtig, trotzdem eine Lösung zu finden, bei der man den Festsaal eventuell wieder schneller bespielen könnte. In diesem Zusammenhang weist Stadtrat De Lapuente auf den zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion

hin, der eine prioritäre und gegebenenfalls baulich getrennte Behandlung des Festsaals bei der Sanierung des Hämer-Baus fordere. Vielleicht gelinge es, die Sanierung des Stadttheaters und des Festsaals so voneinander zu trennen, dass der Festsaal wieder schneller zur Verfügung stehen könnte. Gegebenenfalls würde man dann auch keine Interimslösung für den Festsaal benötigen, erklärt Stadtrat De Lapuente. Der Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion bedeute allerdings nicht, dass das Stadttheater bei der Sanierung des Hämer-Baus keine Rolle mehr spielen würde. Im Gegensatz zum Festsaal habe man mit dem Theater am Glacis allerdings für das Stadttheater für die Dauer der Sanierung eine gute Interimsspielstätte gefunden. Deshalb könnte das Stadttheater diese Ausweichspielstätte auch gegebenenfalls ein oder zwei Jahre länger bespielen. Stadtrat De Lapuente teilt mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion der vorliegenden Beschlussvorlage der Stadtverwaltung zustimmen werde. Allerdings sei für die SPD-Stadtratsfraktion wichtig, dass ihr zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus vorliegender Ergänzungsantrag eine Berücksichtigung finde.

Oberbürgermeister Dr. Kern berichtet, dass man das Thema der prioritären und gegebenenfalls baulich getrennten Behandlung des Festsaals bei der Sanierung des Hämer-Baus bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit konstruktiv diskutiert habe. Hierbei sei vom Baureferenten bereits eine dementsprechende Ergänzung des Antragstextes der Beschlussvorlage V0439/25 vorformuliert worden. Aus dieser Ausschusssitzung habe man mitgenommen, dass diese vorformulierte Ergänzung des Antragstextes vor der Beschlussfassung noch einmal vertiefter in der heutigen Sitzung des Stadtrates dargelegt werden solle.

Sein Petikum in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit habe sich darauf bezogen, dass man einen Alternativplan benötige, wenn man eine Sanierung des Hämer-Baus nicht in einem Stück schaffen sollte, erklärt Herr Hoffmann. Deshalb habe er vorgeschlagen, einen entsprechenden Prüfauftrag als neue Antragsziffer 2 lit. b in den Antragstext der Beschlussvorlage V0439/25 aufzunehmen. Die Formulierung für diesen Prüfauftrag würde wie folgt lauten: „Der Stadtrat beauftragt auch die Untersuchung einer Projektabwicklung in Bauabschnitten. Dabei soll der Fokus insbesondere auf einer möglichst frühen Wiederinbetriebnahme des Festsaals liegen.“. Die bisherige Antragsziffer 2 lit. b würde sich aufgrund dieser Ergänzung auf die Antragsziffer 2 lit. c verschieben. Herr Hoffmann weist darauf hin, dass diese Prüfung allerdings für etwas höhere Honorarkosten sorgen würde. Zumal eine Projektabwicklung in Bauabschnitten auch in der Bauphase etwas teurer sei. Für den städtischen Haushalt sei eine Aufteilung der Sanierung des Hämer-Baus in Bauabschnitte allerdings gegebenenfalls leichter zu verkraften.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass die vom Baureferenten vorgetragene Ergänzung des Antragstextes der Beschlussvorlage V0439/25 dem dazu vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion in gewissen Maße Rechnung tragen würde.

Stadtrat Deiser schildert, dass die CSU-Stadtratsfraktion in der vergangenen Woche einen Vorstoß gestartet habe, der von vielen falsch verstanden worden sei. Dabei habe dieser Vorstoß der CSU-Stadtratsfraktion Auswirkungen, die im Grund der Bürgerschaft und den Theaterfreunden nützen würden. Seit fünf Jahren habe die CSU-Stadtratsfraktion immer wieder eine alternative Sanierungsmöglichkeit in Bauabschnitten gefordert. Unter dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei dieser Vorstoß allerdings immer mit der Begründung abgelehnt worden, dass eine abschnittsweise Sanierung beispielsweise aufgrund der Strukturen im Gebäude nicht möglich sei. Erst nach dem letztwöchigen Vorstoß der CSU-Stadtratsfraktion schein eine Aufteilung der Sanierung in Bauabschnitte auf einmal in möglicher Erreichbarkeit zu sein, da in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit nun zum ersten Mal die Rede davon gewesen sei, dass man die Sanierung des Hämer-Baus auch in Abschnitten vornehmen könnte. Stadtrat Deiser hält es angesichts der aktuellen Haushaltslage der Stadt Ingolstadt nicht für

machbar, den Eigenanteil der Stadt an der Sanierung des Hämer-Baus vorzufinanzieren. Wenn man allerdings die Sanierung in Abschnitten vornehmen könnte, würde sich diese Investition über einen längeren Abschnitt erstrecken. Vor allen Dingen würde sich dadurch im Vergleich zu einer Sanierung in einem Stück, die Wahrscheinlichkeit der Durchführung der Sanierung des Hämer-Baus um ein Vielfaches erhöhen. Zudem würde sich bei einer abschnittswisen Sanierung auch die Zeit verkürzen, in der man ohne einen Festsaal auskommen müsste. Insofern stützt die CSU-Stadtratsfraktion auch den zur Beschlussvorlage V0439/25 vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion, teilt Stadtrat Deiser mit. Allerdings würde er hier fast noch einen Schritt weitergehen und die von Herrn Hoffmann vorgetragene Ergänzung des Antragstextes der Beschlussvorlage V0439/25 in einem Punkte abändern. Stadtrat Deiser ist der Ansicht, dass vorrangig geprüft werden sollte, wie der Hämer-Bau in Bauabschnitten saniert werden könnte. Denn für ihn sei die abschnittswise Sanierung des Hämer-Baus die einzige Chance, dass aus dem Gebäude kein Leerstand werde.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass am Ende der Leistungsphase 3 ohnehin zwei Prüfungsergebnisse vorliegen würden. Bevor man nun festlege, welche Vorgehensweise vorrangig zu prüfen sei, regt er deshalb an, ob man die neue Antragsziffer 2 lit. b nicht einfach so formuliere, dass alternativ die Projektabwicklung in Bauabschnitten geprüft werde.

Herr Hoffmann führt aus, dass man sowohl die abschnittswise Sanierung als auch die Sanierung in einem Stück gleichermaßen prüfen müsse. Sobald die entsprechenden Prüfungsergebnisse vorliegen, würde der Stadtrat hierrüber noch einmal unterrichtet werden. Anschließend müsse dann der Stadtrat darüber entscheiden, welche Variante man bei der Sanierung des Hämer-Baus verfolge. Aus diesem Grund führe man auch die Untersuchung von beiden Vorgehensweisen durch, damit man für beide Varianten die Konditionen erhalte, unter denen die Sanierung möglich wäre. Insofern würde man die beiden Varianten relativ gleichrangig untersuchen, so Herr Hoffmann.

Herr Fall berichtet, dass die INKoBau GmbH & Co. KG zusammen mit dem Beratungsunternehmen drees & sommer die abschnittswise Sanierung des Hämer-Baus auf der Basis des damaligen Entwurfs schon einmal geprüft habe. Nichtsdestotrotz habe er sich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit dazu bereit erklärt, diese Untersuchung noch einmal durchzuführen. Diese Prüfung müsse allerdings ergebnisoffen erfolgen. Allerdings könnte man sich das Geld für die Untersuchung auch sparen, wenn die CSU-Stadtratsfraktion ohnehin kein Vertrauen darin habe, dass die INKoBau GmbH & Co. KG die Aufteilung der Sanierung in Bauabschnitte vernünftig prüfe. Herr Fall betont, dass die INKoBau GmbH & Co. KG stets datenbasiert handle und versuche ihre Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen. Deshalb findet er es bedauernd, wenn dieser Aspekt nicht berücksichtigt werde. Herr Fall appelliert daran, dass die CSU-Stadtratsfraktion dem Untersuchungsergebnis dann auch vertrauen müsse. Darüber hinaus müsse die CSU-Stadtratsfraktion auch sehen, dass es schwierig werden würde die Haustechnik zu trennen, da die Haustechnikflächen ohnehin immer mehr werden.

Stadtrat Deiser entgegnet, dass die Forderung der CSU-Stadtratsfraktion nach einer Sanierung des Hämer-Baus in Bauabschnitten mit Sicherheit nicht am fehlenden Vertrauen in die INKoBau GmbH & Co. KG liegen würde. Er setze bei dieser Thematik lediglich auf die Machbarkeit und auf die Wahrscheinlichkeit der Durchführung der Sanierung des Hämer-Baus. Diese Wahrscheinlichkeit sieht Stadtrat Deiser bei einer abschnittswisen Sanierung deutlich höher, als wenn man die Sanierung in einem Stück durchführen würde. Deshalb sei es ihm wichtig, dass man wohlwollend die Möglichkeit einer Sanierung in Bauabschnitten prüfe. Stadtrat Deiser ist der Ansicht, dass sich die Stadt Ingolstadt 100 Millionen Euro oder 120 Millionen Euro nicht so einfach innerhalb von fünf Jahren für die Sanierung des Hämer-Baus leisten könne.

Stadtrat Dr. Spaeth erwähnt, dass er auf die Priorisierung zurückkomme, die sich in dem vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion wiederfinde und die auch von Stadtrat Stachel in der heutigen Diskussion angesprochen worden sei. Eine solche Priorisierung sei seiner Ansicht nach etwas schwierig. Sofern man die Gesundheit als allerhöchstes Gut einstufe, dann müsste man konsequenterweise auch alle verfügbaren Mittel in den Gesundheitsbereich stecken. Nach der Ansicht von Stadtrat Dr. Spaeth übersehe man allerdings einen wesentlichen Aspekt, wenn man sagt, dass der Gesundheitsbereich das Allerwichtigste für die Stadt Ingolstadt sei. Die Gesundheit mache sich nicht allein dadurch aus, dass man die größte Summe des zur Verfügung stehenden Geldes in ein Krankenhaus stecke. Hierbei dürfe man nicht vergessen, dass hinter einem Krankenhaus auch entsprechende Strukturen und dort arbeitende Menschen stehen würden. Zumal es auch einen ambulanten Sektor gebe, der gleichermaßen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung verantwortlich sei. Insofern ist Stadtrat Dr. Spaeth der Ansicht, dass es sich bei der Forderung nach einer Priorisierung des Gesundheits- und Bildungsbereichs um eine sehr eingleisige Wahrnehmung der Dinge handle. Darüber hinaus habe man im Gesundheitsbereich das große Problem, dass die Zuständigkeit hierfür dem Bund und den Ländern obliege. Zumal im Gesundheitssektor aufgrund der Leistungsgruppen oder auch der zunehmenden Ambulantisierung aktuell ein großer Wandel stattfindet. Stadtrat Dr. Spaeth betont, dass die Bildung und die Kultur allerdings genauso wichtig seien wie die Gesundheit. So bestehe die Gesundheit auch darin, dass man eine gute Bildung sowie eine wahrnehmbare Kultur habe. Stadtrat Dr. Spaeth ist der Überzeugung, dass eine harte Priorisierung der Themen die zukünftigen Entscheidungen für den Stadtrat sehr erschweren würde. Da sich die unterschiedlichen Themen gegenseitig bedingen würden, müssten sie seines Erachtens nach gleichberechtigt auf dieselbe Stufe gestellt werden, sodass man sinnvoll darüber diskutieren und abwägen könne. Wenn man den Hämer-Bau aufgrund einer Priorisierung des Klinikums Ingolstadt verfallen lassen würde, könnte es gut sein, dass ein Großteil des Personals im Klinikum aufgrund des geringeren Kulturangebotes in der Stadt nicht mehr kommen würde. Dann hätte man zwar ein Krankenhaus, aber niemanden mehr, der sich um die Patientinnen und Patienten kümmere. Dieses Gedankenspiel könne man auch genauso gut auf den Bildungsbereich übertragen, erklärt Stadtrat Dr. Spaeth. Deshalb warnt er vor einer harten Priorisierung des Gesundheits- und Bildungsbereiches, da diese der Stadt Ingolstadt nichts bringen würde.

Stadtrat Dr. Schickel weist darauf hin, dass Schule, Kultur und Theater zusammenhängen würden. Dabei würden diese drei Bereiche miteinander und nicht wie von manchen im Stadtrat suggeriert gegeneinander zusammenspielen. An dieser Stelle möchte Stadtrat Dr. Schickel den Bayerischen Ministerpräsidenten zitieren, der vor kurzem gesagt habe, dass Schule mehr sei als reines Faktenwissen und reine Faktenhuberei, sondern Schule sei die Vermittlung von Kunst, Kultur, Bildung, Ästhetik und Sport. Genau an diesem Zitat sollte man sich orientieren. Des Weiteren möchte Stadtrat Dr. Schickel den Ausführungen von Stadtrat Dr. Spaeth beipflichten, dass das im Stadtrat immer wieder unerschwellig laufende Gegeneinander mit Sicherheit nicht weiterführe. Zudem weist er darauf hin, dass erst in dieser Woche zwischen dem Katharinen-Gymnasium, dem Christoph-Scheiner-Gymnasium und dem Stadttheater Ingolstadt Theaterpartnerschaften geschlossen worden seien. Hierbei handle es sich um sichtbare Zeichen, dass Schule und Theater zusammengehören. Dies schließe dabei nicht nur das Spieltheater, sondern auch den Festsaal ein, in dem beispielsweise Abschlussbälle oder Schulkonzerte stattfinden. Insofern lässt sich Stadtrat Dr. Schickel ungern in einem Gegeneinander ausspielen, das den Stadtrat zielführend nicht weiterbringe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass man bei der Sanierung des Hämer-Baus nun den ersten Schritt gehen sollte. Mit den in der heutigen Stadtratssitzung vorliegenden Beschlüssen schaffe man weitere Grundlagen für die anstehende Entscheidung über die Durchführbarkeit der Sanierung. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass man hierbei auf keinen Fall Gefahr laufen dürfe, die Kultur gegen die Gesundheit, die Schulen oder den Sport auszuspielen, da diese ganzen Themenbereich

ineinandergreifen würden. Zumal möchte man weiterhin eine lebens- und liebenswerte Stadt bleiben, die ihren Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges Angebot biete. Darüber hinaus wäre es begrüßenswert, wenn man die Zeit, in der der Festsaal der Stadt Ingolstadt nicht zur Verfügung stehe, möglichst gering halten könnte. Aus diesem Grund habe sich die INKoBau GmbH & Co. KG auch dazu bereiterklärt, noch einmal die Möglichkeit der abschnittswisen Sanierung des Hämer-Baus zu untersuchen. Natürlich bedeute dies nicht, dass nicht auch das Stadttheater irgendwann wieder zurück in den Hämer-Bau ziehen müsse. Zwar habe sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bei dieser Thematik für eine Sachlichkeit ausgesprochen, aber der Hämer-Bau besitze für sie auch eine Symbolkraft für die Stadt Ingolstadt. Von daher wäre der Stadtrat schlecht darin beraten, aus bloßer Angst vor dem ersten Schritt, die Sanierung des Hämer-Baus nicht anzugehen. Aus der Sicht von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll müsse man stattdessen diesen vertretbaren Schritt wagen, ohne sich dabei von der aktuellen Haushaltslage und den drohenden Szenarien zu sehr irritieren zu lassen. Vielleicht könne man sich bei den weiteren Planungen auch auf die Leistungsphase 3 beschränken, um im Rahmen der Entwurfsplanung nicht ganz so viel Geld in die Hand nehmen zu müssen. Sobald die entsprechende Kostenberechnung für die Sanierung des Hämer-Baus am Ende der Leistungsphase 3 vorliege, müsse der nachfolgende Stadtrat sachlich erörtern, ob man die Sanierung durchführen könne oder nicht. Das Worst-Case-Szenario bei der Sanierung des Hämer-Baus sei, dass man die Sanierung aufgrund von fehlenden Finanzmitteln kurz nach Beginn wieder einstellen müsste. Diesen Worstcase gelte es zu vermeiden, erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Deshalb ist sie der Meinung, dass die Sanierung des Hämer-Baus funktionieren könne, wenn man bei diesem Mammutprojekt auf Sicht fahre.

Stadtrat Stachel teilt mit, dass die FW-Stadtratsfraktion den zur Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer-Baus vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion unterstütze. Darüber hinaus sei das Thema der Bauabschnittsbildung schon immer ein Wunschgedanke gewesen, der bisher allerdings aufgrund der enormen technischen Herausforderungen immer wieder verworfen worden sei. Nichtsdestotrotz nimmt Stadtrat Stachel zur Kenntnis, dass die Möglichkeit der Bauabschnittsbildung nun von der INKoBau GmbH & Co. KG geprüft und dem Stadtrat ein entsprechendes Ergebnis vorgelegt werde. Hierbei ist er sich sicher, dass das Vertrauen in die INKoBau GmbH & Co. KG absolut vorhanden sei. Zudem gebe es seiner Ansicht nach bei dem Thema der Sanierung des Hämer-Baus auch gegenüber der Stadtverwaltung kein Misstrauen. Stadtrat Stachel weist darauf hin, dass er bei diesem Thema versuche, die Worte der Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger wiederzugeben. Hierbei reiche das Spannungsfeld von der Forderung nach einem Abriss des Hämer-Baus bis zum Wunsch der sofortigen Sanierung des Gebäudes. Stadtrat Stachel ist sich sicher, dass die Stadt Ingolstadt es nicht schaffen werde, den Hämer-Bau gegen den Widerstand der Bürgerschaft zu sanieren. Von daher sei es die Aufgabe des Stadtrates, die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema mitzunehmen. Deshalb würde man zur Sanierung des Hämer-Baus auch Informationsmaterial und -veranstaltungen in geeigneter Form für die Bürgerschaft benötigen. Im Hinblick auf die von ihm vorgeschlagene finanzielle Priorisierung der Gesundheits- und Bildungseinrichtungen weist Stadtrat Stachel darauf hin, dass es für eine Kommune sowohl Pflichtaufgaben als auch freiwillige Aufgaben gebe. Was helfe dabei die schönste Sanierung des Festsaaus und das beste Theater, wenn sich die Situation am Klinikum Ingolstadt drastisch verschlechtere. Zwar möchte Stadtrat Stachel nicht pessimistisch in die Zukunft blicken, jedoch sollte jedem, der sich etwas mit dem Thema der Gesundheitspolitik in der Region 10 beschäftige, bewusst sein, dass man hier als Stadt Ingolstadt in eine riesengroße Aufgabe hineingerate. Im Vergleich dazu sei das Thema der Sanierung des Hämer-Baus hinsichtlich der Komplexität noch die kleinere Problematik. Von daher hätte Stadtrat Stachel gehofft, dass Stadtrat Dr. Spaeth ein leidenschaftlicheres Plädoyer für die Gesundheitsversorgung finde. Es sei zwar richtig, dass die unterschiedlichen Themenfelder zusammenhängen würden, aber ohne Gesundheit sei alles nichts. Wie bereits erwähnt versucht Stadtrat Stachel hier im Stadtrat wiederzugeben, was die Ingolstädter Bürgerschaft der FW-Stadtratsfraktion zum Thema der Sanierung des

Hämer-Baus bisher mitgeteilt habe. Insofern bringe es auch nichts, sich gegen diese Argumente zu sträuben. Denn wenn Stadtrat Stachel dem Stadtrat dieses Meinungsbild aus der Bürgerschaft nicht mitteilen würde, würden dies die Bürgerinnen und Bürger in einer anderen, deutlicheren Ausdrucksweise machen. Hiervor möchte Stadtrat Stachel den Stadtrat bewahren, da er der Überzeugung ist, dass die Stadt Ingolstadt den Hämer-Bau als einen zentralen Veranstaltungsort dringend benötige. Jedoch benötige man auch einen Weg, der die Stadt Ingolstadt zu einer erfolgreichen Sanierung hinführe. Nur weil der Stadtrat von der Sanierung des Hämer-Baus überzeugt sei, bedeute dies noch lange nicht, dass die Stadt Ingolstadt die Sanierung auch schaffen würde. Von daher müsse man noch deutlich mehr Menschen in Ingolstadt von der Sanierung des Hämer-Baus überzeugen, so Stadtrat Stachel.

Es liege nicht nur am Geld, meint Stadtrat Dr. Spaeth. Er kritisiert Stadtrat Stachel, der ihm unterstelle, dass Stadtrat Dr. Spaeth die medizinische Versorgung nicht am Herzen liegen würde. Gesundheit sei nicht mit Geld zu kaufen. Man brauche gute Strukturen, die wiederum von vielen Faktoren abhängen würden. Den Hämer-Bau könne man gute renovieren, doch wenn auf der anderen Seite das Personal fehle, dann nütze das nichts. Dies könne auf sämtliche Bereiche übertragen werden. Es sei der falsche Weg, nur nach Geld zu priorisieren.

Man müsse der Verwaltung in diesem Bereich Vertrauen entgegenbringen, meint Stadtrat Schäuble. Die aktuellen Sanierungsentwürfe hätten mit den ursprünglichen kaum noch etwas zu tun. Angesichts der finanziell ernsten Lage sei der Entwurf deutlich abgespeckt, was er als richtig erachtet. Ziel sei eine möglichst effektive und effiziente Sanierungsumsetzung. Der Konsens aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit sei dankenswerterweise von der SPD-Stadtratsfraktion als Antrag eingebracht worden. Die von Herrn Hoffmann vorgeschlagene Alternative sei wünschenswert, stehe jedoch unter dem Vorbehalt der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit, deren Prüfung noch ausstehe. Es gebe bislang viele Spekulationen, aber wenige belastbare Zahlen. Die heutige Entscheidung betreffe die Leistungsphasen 3 und 4. Es sei Aufgabe der Stadträte, für größtmögliche Kostentransparenz zu sorgen. Priorisierung sei eine zentrale Aufgabe des Stadtrats und manifestiere sich in der mittelfristigen Finanzplanung. Im Aufsichtsrat des Klinikums habe man in den letzten fünf Jahren keine medizinisch sinnvolle Entscheidung aus Kostengründen abgelehnt und werde dies auch künftig nicht tun. Die Gesundheitsversorgung der Region habe oberste Priorität, Einsparungen dürften nicht zu Lasten der Versorgung gehen. Der Zustand des Stadttheaters und des gesamten Hämer-Baus mit seinen vielfältigen Einrichtungen sei kritisch, und man wolle diesen sozialen Mittelpunkt der Stadt nicht verfallen lassen. Die Frage sei das „Wie“ der Sanierung, so Stadtrat Schäuble. Im Finanzausschuss habe es konstruktive Diskussionen gegeben, etwa zur Notwendigkeit einzelner Leistungen wie dem Aufzug oder dem Dach, das nun nicht mehr als Bleidach geplant sei. Ziel sei eine möglichst kosteneffiziente Umsetzung. Die Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 sei notwendig, um Förderfähigkeit zu prüfen und eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Man brauche Kostentransparenz und die Zusage der Fördergeber, um verantwortungsvoll entscheiden zu können. Daher solle dieser Schritt heute gegangen werden, appelliert Stadtrat Schäuble.

Die Stadtratsgruppe DIE LINKE stimme dem Grundsatzbeschluss zu und freue sich über die breite Mehrheit, so Stadtrat Meier. Ein früher Beginn sei vorteilhaft, da Bau- und Sanierungskosten nicht günstiger würden. Was es letztlich koste, müsse es der Stadt wert sein. Eine grobe Kostenschätzung liege vor, exakte Beträge seien jedoch erst nach Fertigstellung bekannt. Er vertraut auf die Fachkompetenz der zuständigen Personen und hält es für richtig, ihnen Vertrauen zu schenken. Die Idee, die Bürger mitzunehmen, sei gut. Aber auch bei diesem Punkt stelle sich die Frage nach dem „Wie“. Er schlägt vor, das das Theater ein Stück mit dem Titel „Ich saniere mein Theater“, idealerweise mit Happy End, inszenieren könnte.

Die ödp-Stadtratsgruppe unterstütze die Genehmigung des Projekts sowie den Grundsatzbeschluss, teilt Stadtrat Köstler mit. Das Vorprojekt solle die Kosten klären, damit der nächste Stadtrat über die Sanierung entscheiden könne. Der heutige Grundsatzbeschluss sei ein erster Schritt dafür. Zur Priorisierung und Bedeutung von Klinikum, Schulen und Kultur stimmt er Stadtrat Dr. Spaeth zu. Es gehe nicht darum, diese Bereiche gegeneinander auszuspielen, sondern sie parallel voranzubringen. Der angesprochene Plan B solle nicht dazu dienen, den Festsaal möglichst schnell funktional wieder in Betrieb zu nehmen, sondern vielmehr technische und finanziell machbare Teilschritte zu identifizieren. Ziel sei es, den Hämer-Bau in wirtschaftlich verkraftbaren Etappen zu sanieren, nicht möglichst aufwendig oder repräsentativ.

Stadtrat Köhler erklärt, dass die UWG-Stadtratsfraktion dem Antrag der Verwaltung zustimmen werde. In der Vorlage stehe, dass jährlich etwa eine Million Euro für das Gebäude ausgegeben werde, um es überhaupt betriebsfähig zu halten. Es sei unklar, ob die Betriebssicherheit des Festsaaals bis September 2027 gewährleistet werden könne, was jedoch für Kulturschaffende ein entscheidendes Datum sei. Es gebe Veranstaltungen, die im Festsaal stattfinden sollen, für die bereits jetzt Förderanträge gestellt werden müssten, weil diese sonst nicht finanzierbar seien.

Stadträtin Pane äußert die Sorge, dass ohne Zustimmung zum ersten Beschluss keine Fördermittel beantragt werden könnten und dadurch möglicherweise die gesamte Fördersumme gefährdet sei. Bei einer abschnittswisen Sanierung stellt sich ihr die Frage, ob Fördergeber überhaupt bereit seien, Mittel zu gewähren, wenn kein vollständiger Sanierungsplan vorliege. Fördergeber müssten genau wissen, was wie saniert werden solle, um die volle Fördersumme zu bewilligen. Das Theater spreche inzwischen viele verschiedene Bevölkerungsschichten an. Seit dem letzten Jahr gebe es die „Critical Friends“, die einen Querschnitt der Ingolstädter Bevölkerung darstellten – darunter Türkischstämmige, Russischstämmige und andere Europäer. Die Inszenierung „Istanbul“ habe gezeigt, wie viele türkische Bürger das Theater besucht hätten. Das Theater werde zunehmend als kulturelle Einrichtung wahrgenommen – auch von Menschen, die zuvor nie ins Theater gegangen seien. Man müsse diesen Weg weitergehen, um die Bürger für die Sanierung mitzunehmen. Ein Theater trage ebenso zur Attraktivität der Stadt bei, wie ein Kongresszentrum. Sie fragt an Herrn Fall gewandt, wie der Stadtrat entscheiden müsse, um die höchstmögliche Fördersumme zu erhalten und damit die geringsten Kosten für die Stadt zu tragen. Dies sei angesichts der Konsolidierung der städtischen Finanzen von größter Bedeutung.

Die angesprochenen Themen müssten mit dem Fördermittelgeber besprochen werden, informiert Herr Fall an seine Vorredner gerichtet. Ein erstes Gespräch sei noch für dieses Jahr geplant, basierend auf der aktuellen Leistungsphase. Grundsätzlich sei eine Sanierung in Abschnitten förderfähig, jedoch müsse dies bei einer so hohen Summe im Vorfeld genau abgestimmt werden. Grobe Aussagen reichten nicht aus, die Fördergeber müssten verstehen, was konkret geplant sei. Theaterförderung unterscheide sich von der FAG-Förderung für Schulen, die deutlich häufiger vergeben werde. Die Vorbereitung laufe, und man werde beizeiten entsprechend Auskünfte zu den Auswirkungen einzelner Entscheidungen geben. Die Datumsangabe Juni/Juli 2027 sei entstanden, weil derzeit viele Ausnahmegenehmigungen vorlägen, die unter der Voraussetzung erteilt würden, dass mit der Sanierung begonnen werde. Untersuchungen würden teilweise verzögert, um keine Ergebnisse zu provozieren, die zu unerwünschten Konsequenzen führen würden. Es sei wichtig, selbst handlungsfähig zu bleiben und nicht in eine Situation zu geraten, in der andere die Entscheidungen treffen würden, etwa durch Entzug von Betriebsgenehmigungen. Es bestehe die Gefahr, dass bei Überschreitung bestimmter Grenzen hohe Kosten entstünden oder das Gebäude geschlossen werde. Die Verantwortung liege unter anderem auch bei den Mitarbeitern, die für die Sicherheit unterschreiben müssten. Jedoch könnten Herrn Falls Mitarbeiter solch riskante Spezialfälle nicht mehr verantworten. Es sei zu riskant, sich auf unsichere Genehmigungslagen zu verlassen. Einen ähnlich gelagerten Fall habe er

bereits bei der Donautherme erlebt, als ein Statiker die Schließung angeordnet habe. Solche Situationen wolle man vermeiden – daher sei das Datum gewählt worden.

Mit dem eingebrachten Antrag sowie den aktuellen Förderanträgen und Beschlüssen könne die SPD-Stadtratsfraktion mitgehen, teilt Stadtrat Dr. Böhm mit. Der Hämer-Bau solle saniert werden, jedoch mit Vorsicht und realistischem Blick auf die Zahlen. Bisher hätten die Kosten bei Bauprojekten regelmäßig die ursprünglichen Schätzungen deutlich überschritten – eine Verdopplung sei keine Seltenheit gewesen. Schadstoffuntersuchungen und weitere Prüfungen würden zusätzliche Herausforderungen mit sich bringen, weshalb ein kühler Kopf notwendig sei. Er kritisiert den Umgang mit Gesundheitsthemen im Stadtrat. So seien diese regelmäßig am Ende der Sitzungen Thema, würden hastig behandelt und kaum diskutiert werden. Themen wie Ambulantisierung oder Niederlassungsförderung seien bislang nicht ernsthaft aufgegriffen worden, obwohl sie künftig relevant würden. Er kritisiert, dass manche versuchen würden, die Worte umzudrehen oder daraus Gegensätze zu konstruieren. Nichtsdestotrotz stehe er hinter seiner Meinung. Zudem werde daran erinnert, dass Gesundheit eine Voraussetzung für kulturelle Teilhabe sei – ohne sie mache auch ein Theaterbesuch keinen Spaß.

Die AfD-Stadtratsfraktion spreche sich grundsätzlich für ein später mögliches Ratsbegehren aus, sobald alle Kostendetails vorlägen, informiert Stadtrat Lipp. Es müsse dann entschieden werden, ob eine einfache, nachhaltige oder eine aufwendige Luxussanierung erfolgen solle. Es sei ein wichtiges Signal an die Bürgerschaft, Transparenz und die Möglichkeit zur Beteiligung zu schaffen. Die Entscheidung über die Sanierung hänge auch vom Zuschuss des Freistaats ab und davon, wofür dieser gewährt werde. Man werde daher der Leistungsphase 3 und 4 zustimmen, den Grundsatzbeschluss jedoch ablehnen. Dem Vorschlag von Herrn Hoffmann zur abschnittswisen Sanierung nach der Vorlage V0439/25 werde die AfD-Stadtratsfraktion zustimmen, so Stadtrat Lipp.

Herr Grandmontagne stellt an seinen Vorredner gerichtet, klar, dass es keine Luxussanierung geben werde. Die vorgesehene Maßnahme sei eine rein technische Sanierung mit dem Ziel, das Gebäude in seinem bestehenden Zustand instand zu setzen und funktional zu erhalten. Dies entspreche dem Mindestmaß und beinhalte kaum bauliche Veränderungen. Einzige Ausnahme sei ein Aufzug zur Verbesserung der Barrierefreiheit. Die Grundzüge der Planung seien bereits in den Ausschüssen vorgestellt worden. Es handle sich um eine sehr basale Sanierung.

Es gehe bei der heutigen Entscheidung darum, ob die Grundlagen für spätere Beschlüsse geschaffen werden sollen, so Stadträtin Krumwiede. Priorisierung sei in der Politik normal, doch das Problem liege im Nacheinander – man müsse vielmehr parallel denken und dabei auch die Zukunft der Stadt im Blick behalten. Die Frage sei, wie sich Ingolstadt wieder positiv entwickeln könne. In diesem Zusammenhang verweist sie auf eine Studie des Max-Planck-Instituts Jena aus dem Jahr 2020, die den Zusammenhang zwischen Kulturförderung und Wirtschaftswachstum untersucht habe. Die Studie habe sich mit 29 barocken Opernhäusern beschäftigt und zeige, dass sich in deren Umgebung signifikant viele hochqualifizierte Fachkräfte niedergelassen hätten und ein direkter Zusammenhang mit wirtschaftlichem Wachstum bestehe. Der Hämer-Bau sei war nicht barock, jedoch sei nicht die Architektur entscheidend, sondern das kulturelle Leben im Gebäude und die Menschen, die es mit Inhalt füllten. Natürlich seien die Kosten noch nicht vollständig absehbar und möglicherweise stünden Überraschungen bevor, dennoch müsse man dieses Wagnis eingehen. Gleichzeitig müsse das kulturelle Leben in Ingolstadt auch während der Sanierung erhalten bleiben. Das Junge Theater benötige eine Ersatzspielstätte, und auch das Konzertleben müsse weitergeführt werden.

Stadträtin Hagn spricht sich, für den Grundsatzbeschluss aus. Es sei Aufgabe des Stadtrats, in der aktuellen Krise verantwortungsvoll mit den Finanzen umzugehen, was durch die bisherigen Konsolidierungsbemühungen bereits unter Beweis gestellt worden sei.

Gleichzeitig trage man auch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, ihnen einen funktionierenden Theaterbau mit Bühne und Festsaal zu erhalten – so wie man ihn selbst genutzt habe. Es sei nicht sinnvoll, die Entscheidung einem zukünftigen Stadtrat zu überlassen. Die aktuellen Mitglieder hätten über Jahre hinweg alle relevanten Informationen erhalten, Zahlen seien regelmäßig vorgelegt worden, und es habe ausreichend Gelegenheit gegeben, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen. Daher liege es in der Verantwortung des jetzigen Stadtrats, die Grundsatzentscheidung zu treffen. Sie appelliert, diesen Beschluss heute auch zu fassen.

Das Thema sei über Jahre hinweg intensiv diskutiert worden, erinnert sich Stadtrat Mißbeck. Der Hämer-Bau sei von großer Bedeutung für die innere Stärke der Gesellschaft, weshalb dort etwas geschehen müsse. Auch bei den Schulen bestehe dringender Handlungsbedarf, da die wachsende Stadt zu nicht mehr tragbaren Zuständen führe. Zusätzlich sei das Klinikum stark belastet und ebenfalls dringend sanierungsbedürftig. Er betont, dass nun Entscheidungen getroffen werden müssten. Die Verantwortung liege bei der Verwaltung, dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat. In einem halben Jahr müsse geklärt sein, wie diese drei großen Projekte finanziert werden sollen. Bisher sei darüber kaum gesprochen worden. Es bestehe die Gefahr, in eine unkontrollierte Situation zu geraten, wenn keine klare Finanzstrategie entwickelt werde. Die Entscheidung müsse vom aktuellen Stadtrat vorbereitet und dem nächsten übergeben werden – nicht nach dem Motto „nach uns die Sintflut“. Es sei notwendig, die Projekte im Detail zu diskutieren und Prioritäten zu setzen. Über allem stehe der Hämer-Bau als Ausdruck des kulturellen Lebens der Stadt. Für die nächste Generation brauche es einen Plan und eine Idee, wie die Finanzierung der großen Vorhaben in den wesentlichen Blöcken aussehen könne. Man spreche über vieles, aber noch nicht ausreichend über die Finanzierung, findet Stadtrat Mißbeck.

Herr Grandmontagne entgegnet an Stadtrat Mißbeck gewandt, dass sehr wohl regelmäßig über die Finanzierung gesprochen werde – unter anderem im IAK, wo jedes einzelne Projekt nochmals besprochen werde. Allerdings gibt er seinem Vorredner in dem Punkt recht, dass aus Sicht der Verwaltung Nachholbedarf bei der Zieldefinition jenseits der finanziellen Darstellbarkeit bestehe. Es müsse geklärt werden, was Ingolstadt künftig sein wolle. Die drei genannten Bereiche – Gesundheit, Bildung und Kultur – gehörten zu den Kernfeldern der Stadtentwicklung. Wirtschaft sei ebenfalls wichtig, müsse aber ergänzend gedacht werden. Man ringe intensiv um die finanzielle Darstellbarkeit, und es gebe kaum einen Tag, an dem nicht darüber gesprochen werde. Herr Grandmontagne schlägt vor, sich mit den Interessierten zusammzusetzen, um gemeinsam zu klären, was das Theater und der Hämer-Bau für die Stadt bedeute. Es gehe darum, wen man damit erreiche und warum das Theater auch ein Ort der Bildung sei. Es würden jährlich rund 50.000 Kinder und Jugendliche erreicht, insbesondere über die Schulen. Das Theater sei kein Luxus, sondern Teil kultureller Bildung, auch wenn diese nicht immer so greifbar sei wie andere Bildungsformen. Gerade in der heutigen Zeit sei das besonders wichtig – auch für den Wirtschaftsstandort. Man solle Argumente sammeln, schärfen und verschriftlichen, um sie auch für die Bürgerinformation nutzbar zu machen.

Es gebe die Tendenz, bei Herausforderungen den Kopf in den Sand zu stecken, so Stadtrat Dr. Meyer. Kommunalpolitik habe jedoch den Auftrag, Lösungen zu finden – und das sei in den letzten Monaten auch geschehen, etwa durch Einschnitte in der Planung. Vor der Beschlussfassung solle nochmals über die Priorisierung gesprochen werden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Priorisierung automatisch zu Einsparungen führe. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion ziele darauf ab, der Verwaltung einen konkreten Auftrag zu erteilen. Es gehe jedoch nicht darum, den Haushalt optisch zu entlasten, sondern unter Ausschöpfung der Fördermittel die wirtschaftlichste Variante zu finden, so Stadtrat Dr. Meyer. Dabei müssten auch der Schuldendienst und die Kosten der Kreditaufnahme berücksichtigt werden. Er warnt davor, die Sanierung zeitlich zu strecken, nur um sie scheinbar leichter tragbar zu machen, wenn dies in der Summe teurer werde. Die

Priorisierung solle nicht als Beschönigung verstanden werden, sondern als Teil einer realistischen und verantwortungsvollen Finanzplanung.

Stadträtin Peters erinnert, dass es bereits vor Jahren eine Aktion der Kreativen in Ingolstadt gegeben habe mit dem Titel „Achtung Kultur“. Damals habe man sich darauf verständigt, dass Kultur als Infrastruktur zu verstehen sei – ebenso wichtig wie Gebäude oder Straßen. Dieser Gedanke sei weiterhin gültig und unterstützenswert.

Das Theater spiele für die Belebung der Innenstadt eine zentrale Rolle, bekräftigt Bürgermeisterin Kleine. Wer dies nicht erkenne und nicht mit Nachdruck vorangehe, vererbe eine wesentliche Chance zur Stärkung des Stadtkerns. Stadtrat Deiser erwecke gegenüber Bürgermeisterin Kleine den Eindruck, dass er das Projekt möglichst schnell abschließen wolle, um sich nicht weiter damit beschäftigen zu müssen – was sie als unsachlich kritisiert. Ein Rückblick auf frühere Protokolle zeige, dass bereits in den Jahren 2009 und 2011 ein VUF-Verfahren durchgeführt worden sei. Damals habe es Situationen gegeben, in denen die Stadt höhere Betriebskostenzuschüsse für das Theaterrestaurant gezahlt habe, als Pachteinnahmen erzielt wurden. Selbst gegen einfache Instandhaltungsmaßnahmen wie das Ersetzen eines beschädigten Schildes habe sich Stadtrat Wittmann gesträubt, was Bürgermeisterin Kleine als Ausdruck mangelnder Bereitschaft zur Pflege des Gebäudes werte. Sie bittet die CSU-Stadtratsfraktion um Verständnis, doch diese Erfahrungen prägten ihre Haltung. Wer nicht erkenne, dass kulturelle Einrichtungen einen wesentlichen Beitrag zur Innenstadtentwicklung und zum gesellschaftlichen Leben leisteten, argumentiere nicht sachgerecht. Es sei dringend notwendig, das Theater zügig zu sanieren.

Stadtrat Wöhlrl entgegnet an Bürgermeisterin Kleine, dass Stadtrat Deiser nicht gesagt habe, man solle den Hämer-Bau verfallen lassen, sondern im Gegenteil betont habe, dass etwas unternommen werden müsse – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Die geäußerte Kritik ihrerseits könne er daher nicht nachvollziehen. Die Aussage sei nicht negativ gemeint gewesen, sondern habe die Bereitschaft zum Handeln unter den gegebenen Bedingungen zum Ausdruck gebracht. Die gezeigte Aggression sei daher unverständlich.

Bürgermeisterin Kleine stellt gegenüber ihrem Vorredner klar, dass es keine Aggression gewesen sei.

Stadtrat Dr. Meyer meint an Bürgermeisterin Kleine gerichtet, dass man aus den Erfahrungen der Kammerspieldebatte lernen müsse. Kritische Stimmen, alternative Ideen oder Bedenken dürften nicht mit dem erhobenen Zeigefinger begegnet werden. Eine solche Haltung habe damals zur Polarisierung beigetragen und solle sich nicht wiederholen. Die Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 sei ein sachlicher Schritt, um belastbares Zahlenmaterial zu erhalten. Die endgültige Entscheidung werde im nächsten Stadtrat getroffen – wie dieser zusammengesetzt sein werde, entscheide die Wählerschaft. Die Politik solle gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine fundierte Entscheidung treffen. Man befinde sich aktuell auf einem guten und sachlichen Weg, den man auch weiterhin verfolgen solle.

Bürgermeisterin Kleine stimmt Stadtrat Dr. Meyer zu, jedoch betont sie, dass sich die Kritik nicht auf die Kammerspiele beziehe, sondern auf die langjährige Erfahrung seit 2009 mit der Sanierung des Stadttheaters. Immer wieder seien Vorbehalte aufgetreten, die nicht mehr nachvollziehbar gewesen seien, was zu einem gewissen Misstrauen geführt habe. Dieses werde besonders dann wach, wenn bestimmte Aussagen werden, wie beispielsweise eine Pressemitteilung der Freien Wähler, in der vorgeschlagen worden sei, zunächst nur den Festsaal zu sanieren und für den restlichen Gebäudeteil alternative, weniger komplexe Nutzungen zu prüfen. Dies sei mit dem Hinweis verbunden gewesen, dass es kein Denkverbot geben dürfe – was sie als Warnsignal verstanden habe. Auch die wiederholte Aussage von Stadtrat Schäuble, bei der man prüfen solle, ob der Einbau eines Aufzugs wirklich notwendig sei. Zwar sei Barrierefreiheit ein erklärtes Ziel, doch wenn sie aus

Kostengründen infrage gestellt werde, sei das aus grundsätzlicher Sicht problematisch. Diese Aussagen hätten sie hellhörig werden lassen, so Bürgermeisterin Kleine. Gerade ein Theater müsse doch barrierefrei sein, da es ein Ort sei, der Menschen zusammenbringe, geistige Anregung biete und zur Gesundheit beitrage. Kunst habe nicht nur wirtschaftliche und stadtbelebende Wirkung, sondern auch gesundheitliche – dies sei inzwischen wissenschaftlich belegt. Sie begrüßt die Einmütigkeit, mit der der nächste Schritt gegangen werden solle. Dennoch bleibe die Sorge bestehen, dass die Entscheidung in den nächsten Stadtrat verschoben oder gar einem Bürgerentscheid überlassen werde. Es gebe Themen, die die Politik selbst verantworten müsse – kulturelle Einrichtungen gehörten eindeutig dazu. Sie bedankt sich bei Stadtrat Deiser, dass er ihre Entschuldigung angenommen habe.

Stadtrat Deiser merkt an Bürgermeisterin Kleine an, dass er keine Entschuldigung gehört habe und daher auch keine angenommen werden könne. Zudem wiederholt er einen Satz aus einem früheren Wortbeitrag, dass manche die CSU-Stadtratsfraktion nicht verstehen wollen.

Stadtrat Dr. Schuhmann nimmt für sich in Anspruch, seit rund 20 Jahren zur Sanierung des Theaters gestanden und die Diskussion begleitet zu haben. Endlich gebe es seitens der Verwaltung eine Beschlussvorlage, die zeige, dass es mit dem überfälligen Projekt endlich ernst werde. Alle Fraktionen hätten Zustimmung signalisiert und die Verantwortung des Stadtrats betont. Zwar sei noch unklar, was die Untersuchungen ergeben würden, doch die Zahlen seien notwendig, um Fördermittel zu erhalten. Da grundsätzlich Einigkeit bestehe, bittet er darum, nun zur Abstimmung zu kommen und die Grundsatzreden zu beenden.

Stadtrat Mißbeck weist daraufhin, dass mit mehr Emotionalität auch über die Situation an den Schulen gesprochen werden müsse. Kinder und Jugendliche könnten sich dort teils nicht mehr wohlfühlen, was bislang kaum thematisiert worden sei. Auch der Bereich Gesundheit sei stark betroffen und es bestehe dringender Handlungsbedarf, über den ebenfalls zu wenig gesprochen werde. Er fordert, diese drei zentralen Themen – Bildung, Gesundheit und Kultur – auch finanziell gemeinsam zu betrachten. Die Verantwortung dürfe nicht auf den nächsten Stadtrat verschoben werden. Vielmehr müsse der aktuelle Stadtrat den Mut aufbringen, noch in diesem Jahr konkrete Maßnahmen zu beschließen.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt durch keine weiteren Wortmeldungen fest, dass sich der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte durch Stadtrat Etinger damit erledigt habe. Er fragt an Stadtrat Wöhrl gerichtet, ob der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion und der FW-Stadtratsfraktion erhalten bleiben soll und Herr Fall die Informationen nachliefern könne.

Stadtrat Wöhrl antwortet, dass der CSU-Stadtratsfraktion wichtig ist, dass die Anregungen aus dem Antrag beachtet werden würden und das traue er Herrn Fall zu. Deshalb brauche man an der Stelle nicht weitermachen.

Herr Fall informiert, dass er den Antrag im Grunde bereits schriftlich beantwortet habe und dieses zur Verfügung stellen werde.

Oberbürgermeister Dr. Kern fragt an Stadtrat Stachel zum Betriebsende Ende Juli 2027, ob dieses so beibehalten bleiben solle.

Stadtrat Stachel antwortet auf die Frage seines Vorredners, dass man auf die Einschätzung seitens Herrn Fall, wonach das Betriebsende im Juli 2027 aus betriebstechnischen Gründen sinnvoll erscheine, vertraue. Wichtig sei, dass – wie im Antrag der SPD-Stadtratsfraktion formuliert – die Priorisierung des Festsaals in der Gesamtbetrachtung eine zentrale Rolle spiele. Unter der Voraussetzung, dass die zuvor geäußerten Prioritäten anderer Aufgaben berücksichtigt würden, könne dem Grundsatzbeschluss grundsätzlich zugestimmt werden.

Mit Zustimmung der FW-Stadtratsfraktion habe sich die Ziffer 3 des Antrags erledigt, so Oberbürgermeister Dr. Kern. Er bittet bei der Ziffer 5 um eine Ergänzung beziehungsweise die Kostenkalkulation über den Zeitraum der Nutzungsdauer.

Es solle erarbeitet werden, wann und wie die Büroflächen geräumt werden sollen, meint Stadtrat Stachel an seinen Vorredner gewandt. Dies solle aus Sicht der FW-Stadtratsfraktion zeitgleich mit den Leistungsphasen 3 und 4, sowohl der Realisierung des Objektes, sowie deren Kosten, vorgelegt werden.

Mit Zustimmung seitens Stadtrat Stachels und Herrn Grandmontagne und Herrn Fleckinger werde die Ziffer 5 des Antrags der Verwaltung (V0479/25) um die Worte „einschließlich der Kostenkalkulation im Zusammenhang mit den Leistungsphasen 3 und 4“ ergänzt.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0479/252):

Stadtrat Lipp wünscht, die Gegenstimmen der AfD-Stadtratsfraktion mit ins Protokoll aufzunehmen.

Gegen 4 Stimmen (AfD-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass die Ziffer 5 des Antrags um die Worte „einschließlich der Kostenkalkulation im Zusammenhang mit den Leistungsphasen 3 und 4“ ergänzt wird.

1. Der Stadtrat stellt den dringenden Sanierungsbedarf des Hämer-Baus (Stadttheater) fest und beschließt, den Hämer-Bau einschließlich der Werkstattbühne mit dem Jungen Theater sowie der städtischen Galerie nach der Spielzeit 2025/2026 zum September 2026 zu schließen und den Betrieb des Theaters einzustellen. Abweichend hiervon wird der Betrieb des FestsaaIs sowie der Gastronomie noch bis Ende Juli 2027 fortgesetzt, anschließend wird auch dieser eingestellt und das Gebäude geschlossen. Beide Zeiträume stehen unter der Voraussetzung der technischen Betriebssicherheit.
2. Der Stadtrat bekundet seine grundsätzliche Absicht, den Hämer-Bau als zentrale Kunst- und Veranstaltungsstätte zu erhalten und möglichst zeitnah zu sanieren. Dabei soll die Sanierung das Ziel haben, den reibungslosen Betrieb zu den aktuellen Nutzungsbedingungen wiederherzustellen.
3. Der Stadtrat stellt fest, dass eine zügige Sanierung aus baulichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen die präferierte Vorgehensweise - unter der Voraussetzung der finanziellen Darstellbarkeit - ist. Entsprechend erfolgt mittels gesonderten Beschlusses die Beauftragung der HOAI-Leistungsphasen 3 und 4, um den Kosten- und Förderrahmen zu konkretisieren. Nach deren Fertigstellung ist eine finale Beschlussfassung über die Sanierung des Hämer-Baus voraussichtlich Mitte 2026 vorgesehen.
4. Der Stadtrat stellt fest, dass aktuell keine einzelne geeignete Interimsstätte zur Verfügung steht, die das bisherige Veranstaltungsportfolio des FestsaaIs in Gänze abbilden würde. Die Errichtung einer eigenen Immobilie auf dem Volksfestplatz ist momentan weder finanziell darstellbar, noch in einem notwendigen Zeitrahmen zu realisieren und wird daher nicht weiterverfolgt. Unabhängig davon werden weiterhin aktiv Möglichkeiten zur Unterbringung größerer Veranstaltungen durch die Verwaltung gesucht.

5. **Für die Sanierung müssen alle verbliebenen Büros, Werkstätten und Bühnen geräumt werden und aus dem Hämerbau ausziehen. Stadtverwaltung und Stadttheater werden beauftragt, zeitnah ein möglichst kostengünstiges Umzugs- und Interimskonzept möglichst in bestehende städtische Liegenschaften zu erarbeiten, einschließlich einer Kostenkalkulation im Zusammenhang mit den Leistungsphasen 3 und 4.**

*Abstimmung über den **Antrag der Verwaltung (V0439/252):***

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass die Ziffer 2 des Antrags, um einen neuen Buchstaben b ergänzt wird und sich der ursprüngliche Buchstabe b auf c verschiebt.

1. Die Ausführungen zu Art und Umfang der Sanierung, Energieeinsparung und Nachhaltigkeit, Planung im Modell und Bauablauf und der Terminplan werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt auf dieser Grundlage:
 - a. Die Geschäftsführung der INKoBau wird beauftragt die Leistungsstufe 2 Entwurfs- und Genehmigungsplanung bei den beauftragten Planern abzurufen und sonstige notwendige Leistungen für einen erfolgreichen Abschluss der Leistungsphase 3 und für die Einreichung des Fördermittelantrages zu vergeben. Hierfür werden der INKoBau im Haushaltsjahr 2025 6,0 Mio. EUR und im Haushaltsjahr 2026 5,0 Mio. EUR zur Finanzierung zur Verfügung gestellt.

Zum Haushalt 2025 wurden für das Jahr 2025 auf der Haushaltsstelle 331100.949100 (Theater, Hochbaumaßnahmen, Theatersanierung) Mittel in Höhe von 6 Mio. Euro angemeldet. Für das Jahr 2026 wurden zum Haushalt 2025 Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro angemeldet.

Die zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 3 Mio. Euro müssen zum Haushalt 2026 für das Jahr 2026 auf der Haushaltsstelle 331100.949100 neu angemeldet werden.

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 331100.949100 (Theater, Hochbaumaßnahmen, Theatersanierung) in Höhe von 5 Mio. EUR wird genehmigt. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch die Haushaltsstelle 213000.940312 (Mittelschulen (MS), Hochbaumaßnahmen, MS Nordost: Modulbau) in Höhe von 4,2 Mio. EUR und von der Haushaltsstelle 211000.940182 (Grundschulen (GS), Hochbaumaßnahmen, GS Unsernherrn, Sanierung und Erweiterung) in Höhe von 0,8 Mio. EUR.

- b. **Der Stadtrat beauftragt auch die Untersuchung einer Projektabwicklung in Bauabschnitten. Dabei soll der Fokus insbesondere auf einer möglichst frühen Wiederinbetriebnahme des Festsaals liegen.**
 - c. **Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bis zur Vorlage der Projektgenehmigung die Vor- und Nachteile der Varianten Durchführungsmodell und Vermieter-Mieter-Modell mit einer Entscheidungsempfehlung zur weiteren Abwicklung der Sanierung vorzulegen.**

3. Die Ausführungen zu den bestehenden Risiken und deren Auswirkungen wird zur Kenntnis genommen.